



Stadt Kamen

Niederschrift

SuS

über die
3. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Dienstag, dem 09.09.2014
im Musikraum der Jahnschule (Container Schulhof), Heimstraße 28

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Thomas Blaschke
Herr Carsten Diete
Herr Joachim Eckardt
Herr Daniel Heidler
Herr Helmut Kampmann
Herr Gökçen Kuru
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Bastian Nickel
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Ralf Langner
Frau Ina Scharrenbach
Herr Sascha Tiefenbach
Frau Kerstin Weingarten

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Marian-Rouven Madeja

DIE LINKE / GAL

Herr Werner Bucek

FW/FDP

Herr Helmut Stalz

Sachverständige gem. Beschluss des Schul- und Sportausschusses

Herr Dr. Klaus Hoffmann
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Frau Angelika Remmers
Frau Gisela Sons

Herr Frank Stewen
Herr Peter Wehlack

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Herr Jürgen Dunker
Herr Markus Höper
Frau Marion Jachmann

Entschuldigt fehlten

Herr Oliver Bartosch
Frau Ulrike Dirzus
Herr Michael Dubbel

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Eckardt**, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Schul- und Sportausschusses, die anwesenden Schulleiterinnen und Schulleiter sowie die Vertreter der Presse. Der neu aufgestellte und als Musikraum der Jahnschule genutzte Container sei mit Blick auf den Tagesordnungspunkt 6 als Sitzungsort ausgewählt worden. Er bedankte sich bei Frau Bolz für die Bereitstellung.

Herr Eckardt stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Schul- und Sportausschusses	084/2014
2	Verpflichtung der Ausschussmitglieder	
3	Aufnahme Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung der Schul- und Sportausschusssitzung und Durchführung der Einwohnerfragestunde	085/2014
4	Einwohnerfragestunde	
5	Schulsituation im Schuljahr 2014/2015	
5.1	Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna und des/r Sprechers/in der Schulleitungen zu den Grundschulen	
5.2	Bericht des Schulleiters der Hauptschule	
5.3	Bericht des Schulleiters der Realschule	

5.4	Bericht der stellvertretenden Schulleiterin des Städt. Gymnasiums	
5.5	Bericht des Schulleiters der Gesamtschule	
5.6	Bericht des Schulleiters der Käthe-Kollwitz-Schule	
6	Offener Ganzttag im Primarbereich	097/2014
7	INKLUSION – Positionen der Schulen	101/2014
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
084/2014

Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Schul- und Sportausschusses

Beschluss:

Zu den Sitzungen des Schul- und Sportausschusses werden unter Berücksichtigung von § 85 Abs. 2 S. 3 Schulgesetz NRW als Vertreter/Vertreterin der Schulen zur ständigen Beratung wie folgt berufen:

1. Der/die Schulleiter/in bzw. dessen Stellvertreter/in der weiterführenden Schulen sowie der Förderschule
2. Für die Grundschulen benennen die Schulleiter/innen aus ihrer Mitte eine Vertreterin/einen Vertreter und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter als Vertreter/in aller Grundschulen zur ständigen Beratung
3. Der/die Vorsitzende des Sportverbandes Kamen e.V. bzw. der/die Stellvertreter/in

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Verpflichtung der Ausschussmitglieder

Herr **Eckardt** verpflichtete die Mitglieder des Schul- und Sportausschusses ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

Zu TOP 3.
085/2014

Aufnahme Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung der Schul- und Sportausschusssitzung und Durchführung der Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss der Stadt Kamen beschließt, dass für die gesamte Wahlperiode des Rates eine Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung der Schul- und Sportausschusssitzung aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Einwohnerfragestunde

Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurden nicht gestellt.

Zu TOP 5.

Schulsituation im Schuljahr 2014/2015

Zu TOP 5.1.

Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna und des/r Sprechers/in der Schulleitungen zu den Grundschulen

Schulamtsdirektorin Frau **Wessels** berichtete, dass nach dem Stand vom 04.09.2014 an den 6 Grundschulen, davon einer Verbundschule, 1.481 Schülerinnen und Schüler die Grundschulen besuchen würden. Im Vergleich zum Vorjahr sei dieses ein Plus von 19 Kindern. Die größte Grundschule sei die Diesterwegschule mit 326 Kindern. Die kleinsten Grundschulen seien die Eichendorffschule mit 174 und die Jahnschule mit 175 Kindern.

Die Klassenbildung liege an allen Schulen im rechtlichen Rahmen von 15 bis 29 Kindern, die Zügigkeiten und die kommunale Klassenrichtzahl werde eingehalten.

Die Besetzungssituation im Bereich der Schulleitungsstellen als auch im Bereich der Lehrerstellen stelle sich positiv dar. Nur die Schulleitungsstelle an der Friedrich-Ebert-Schule sei weiterhin vakant. Die Konrektorin Frau Niemeier leite die Schule kommissarisch und erhalte Unterstützung durch eine kompetente Lehrkraft der Schule. Einem Bedarf von 80,71 Lehrerstel-

len stehe ein Bestand von 82,78 Lehrerstellen gegenüber. Die zusätzlichen Ressourcen würden zur Förderung, in der offenen Ganztagschule, der Schuleingangsphase, der Integrationshilfe und für besondere Angebote genutzt. An den Grundschulen befänden sich zurzeit 6 Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter in der Ausbildung.

Alle Grundschulen würden die Betreuungsformen der offenen Ganztagschule und der verlässlichen Grundschule anbieten.

Im Gemeinsamen Unterricht mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache, sozial-emotionale Entwicklung, geistige Entwicklung und Hören würden 57 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Jeder Grundschule sei eine Stelle zur sonderpädagogischen Förderung LES zugewiesen.

Frau Wessels berichtete weiterhin, dass in diesem Schuljahr die Unterrichtsbesuche der Qualitätsanalyse an der Jahnschule stattfinden würden. Diese erfolgten im Rahmen der Pilotierung der „Neuen Qualitätsanalyse“.

Als besonderer Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit in den Grundschulen stehe weiterhin die Inklusion als Gesamtprozess an. Die Friedrich-Ebert-Schule sei hier als Unterstützerschule im Bereich der Grundschulen benannt worden und biete Unterstützung im Bereich des gemeinsamen Lernens für andere Grundschulen an.

Frau **Scharrenbach** fragte, ob es sich bei der allen Grundschulen zugewiesenen Stellen zur sonderpädagogischen Förderung um Vollzeitstellen handeln würde und es sich um ausgebildete Sonderpädagogen handeln würde.

Die Vollzeitstellen seien, so Frau **Wessels**, nicht in jedem Fall mit ausgebildeten Sonderpädagogen besetzt. Es handele sich auch um Seiteneinsteiger, die ein zusätzliches Studium absolvierten oder am Seminar teilnehmen würden.

Auf Nachfrage von Herrn **Bucek**, ob an den Grundschulen Integrationshelfer vorhanden seien, erklärte Frau **Wessels**, dass dieses der Fall sei. Um eine notwendige weiter zunehmende Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit z.B. im Falle von Erkrankung der Integrationshelfer zu erreichen, werde eine einheitliche Lösung auf Kreisebene angestrebt.

Frau **Scharrenbach** bat um Mitteilung, ob aufgrund der weiter zunehmenden sonderpädagogischen Betreuung vom 1. bis zum 4. Schuljahr die Stellenausstattung der Grundschulen befriedigend sei.

Frau **Sons** antwortete, dass die Mittel nicht ausreichend seien. Das Land stelle nicht mehr Stunden bzw. Stellen zur Verfügung. Die Lehrkräfte der Grundschulen müssten daher lernen, sonderpädagogische Aufgaben zu übernehmen.

Anschließend berichtete Frau Sons als stellvertretende Sprecherin der Schulleitungen der Grundschulen über die aktuelle Entwicklung an den Grundschulen. Hierbei gab sie einen Überblick über die in diesem Jahr vom Schulträger durchgeführten Instandsetzungs- und Anschaffungsmaßnahmen. An der Südschule sei ein bislang von der Volkshochschule genutzter Raum zum Klassenraum umgestaltet und mit neuem Mobiliar ausgestattet worden. Hierdurch habe die offene Ganztagschule einen zusätzlichen

Raum erhalten. Alle Räume der offenen Ganztagschule seien angestrichen worden.

In den Klassenräumen, der offenen Ganztagschule und in der Pausenhalle der Astrid-Lindgren-Schule seien Schallschutzmaßnahmen durchgeführt und ein Fahrstuhl für gehbehinderte Menschen eingebaut worden. Weiterhin sei ein Anstrich des Sekretariates und eines weiteren Raumes erfolgt. Die Jahnschule habe als neuen Musikraum einen Container erhalten, wodurch die offene Ganztagschule mehr Raum erhalten habe.

Die Südschule, die Diesterwegschule und die Friedrich-Ebert-Schule hätten das neue Betriebssystem Windows 8 erhalten. Hier sei den Mitarbeitern der Stadt Kamen, Herren Harcks und Bernardt, ein großes Lob auszusprechen, da sie trotz vieler Widrigkeiten mit dem neuen Betriebssystem immer sehr geduldig und ansprechbar waren.

Frau Sons berichtete weiterhin, dass sich alle Grundschulleitungen einig seien, dass die Stadt Kamen wenig Geld zu verteilen habe. Die Einschnitte seien an den Grundschulen mehr als deutlich im Hinblick auf die Raumsituation für Betreuung und offenen Ganztage, die Mobiliarsituation und an der medialen Ausstattung sowie den Lehr- und Arbeitsmitteln zu merken.

In den Grundschulen werde die Basis für ein Weiterlernen in den weiterführenden Schulen geschaffen. Wenn an dieser Basis weiter in dem Maße gespart werde, würden die Probleme weiter steigen. Es wäre hilfreich, wenn bei der Vergabe der finanziellen Mittel den Grundschulen die gleiche Priorität wie den weiterführenden Schulen eingeräumt würde.

Ein weiterer Wunsch der Grundschulleitungen sei die Begrenzung der Klassengrößen auf 25 Schüler. In den Grundschulen seien alle Klassen Inklusionsklassen, so dass der Unterricht mit 29 bzw. 30 Kindern und den Kindern mit den jeweiligen Förderschwerpunkten für eine einzelne Lehrkraft kaum händelbar sei. Die besonders zu fördernde Kinder benötigten in der Regel alle eine besondere an Personen gebundene Hilfestellung. In den meisten Grundschulen gäbe es mehr Kinder, die sonderpädagogische Förderung brauchen, als Stunden mit sonderpädagogischen Fachkräften vorhanden seien. Anhand der Statistiken werde diese Tatsache nicht deutlich, da Kinder mit den Förderschwerpunkten soziale-emotionale Entwicklung, Lernen und Sprache seit Inkrafttreten des neuen Schulrechtsänderungsgesetzes nicht mehr als solche zu kennzeichnen seien. Erst im dritten Jahr der Schuleingangsphase könne für diese Kinder ein Förderschwerpunkt bestimmt werden.

Die vorgetragenen Probleme und Wünsche der Grundschulen seien der Verwaltung, so Herr **Brüggemann**, nicht unbekannt und kämen nicht überraschend. Die Schwierigkeiten bei der Raumsituation seien durch die starke Nachfrage bei der Betreuung von 8 – 13 sowie des offenen Ganztages begründet. Außerdem stelle sich die Frage, wie sich die Inklusion weiterentwickeln werde. Über die Bildung von Schwerpunktschulen könne erst nach einer intensiven Erörterung mit den Schulleitungen voraussichtlich im Herbst 2015 entschieden werden. Er könne sich nicht vorstellen, dass trotz der noch zu erwartenden demografischen Entwicklung weiterer Schulraum aufgegeben werde.

Herr **Brüggemann** berichtete auf den Hinweis von Frau **Weingarten** über bestehende Akustikprobleme bei der Nutzung des Containers an der Jahnschule als Musikraum, dass die Schulverwaltung und die Servicebetriebe gemeinsam mit der Schulleiterin Frau Bolz notwendige Maßnahmen anlässlich eines für den 17.09.2014 vereinbarten Ortstermins besprechen werden.

Herr **Heidler** bekräftigte den Standpunkt der SPD-Fraktion, dass mit Blick auf die weitere Entwicklung der Betreuung und Inklusion nicht zu viel Schulraum vorhanden sei. An die Verwaltung sei ein Lob zu richten, dass sie eine solche Lösungen wie an der Jahnschule in Abstimmung mit der Schulleitung gefunden habe. Bezüglich des Containers habe ihn durch Eltern die Frage erreicht, ob dieser winterfest sei, gerade auch mit Blick auf die Verwendung von Hausschuhen während des Unterrichtes.

Herr **Dunker** teilte mit, dass es sich um einen Ganzjahrescontainer mit entsprechender Isolation handeln würde, der mit Radiatoren ausgestattet sei.

Herr **Nickel** bestätigte aus eigener Erfahrung im Rahmen der Sanierung der Berufsschule in Unna, dass keine klimatischen Probleme zu erwarten seien.

Die Offenheit, in der die Wünsche der Grundschulen vorgetragen wurden, sei nach Ansicht von Frau **Scharrenbach** neu. Hierauf könne im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2015 reagiert werden. Der Ansatz für Lehr- und Arbeitsmittel sei nach ihrer Wahrnehmung in den letzten Jahren immer gleich geblieben. Sie fragte, in welchem Bereich, z.B: hinsichtlich Whiteboards, in der Praxis mehr Bedarf bestehen würde.

Frau **Sons** antwortete, dass der Bedarf in ganz kleinen Dingen anfangen würde und beim Whiteboard aufhören würde. Bei einem Etatansatz von 60 € pro Kind seien enge Grenzen gesetzt.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass der Rat bei der Haushaltsplanberatung werde abwägen müssen. Er zeigte sich davon überzeugt, dass die Stadt Kamen als Schulträger einen interkommunalen Vergleich nicht scheuen müsse. Weiterhin müsse festgestellt werden, dass unter Hinzuziehung der Rechnungsergebnisse die Etatansätze in den letzten Jahren in der Regel nicht erreicht worden seien. Die in einzelnen Jahren vorgenommenen Reduzierungen der Etatansätze für Lehr- und Arbeitsmittel um 20 % seien immer wieder ausgeglichen worden.

Um den angesprochenen Vergleich zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen zu ermöglichen, bestehe seitens der Verwaltung die Absicht Vergleichsdaten zu liefern.

Frau **Müller** wies hinsichtlich der auch im Bereich der Grundschulen umfangreichen Anstrengungen des Schulträgers auf die energetische Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule hin.

Herr **Stalz** bat um Auskunft über die jährlichen Kosten für die Containeranmietung. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Inklusion fragte er, wie das Problem eines zunehmenden Bedarfes an Fachkräften in Kamen anzugehen sei, da ansonsten das Bildungsniveau nicht zu halten sei.

Herr **Eckardt** wies darauf hin, dass die Stadt Kamen als Schulträger für die äußeren Rahmenbedingungen zuständig sei, für die pädagogischen und personellen Vorgaben sei ansonsten die Schulaufsicht bzw. das Land zuständig. Insoweit sei die Frage der Abdeckung des Bedarfes an fachlich qualifizierten Lehrkräften nicht im Schul- und Sportausschuss zu diskutieren.

In Beantwortung der Frage der Mietkosten teilte Herr **Brüggemann** mit, dass diese ca. 650 € pro Monat zzgl. Mehrwertsteuer betragen würden.

Auf den Hinweis von Frau Müller hinsichtlich der energetischen Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule erklärte Frau **Sons**, dass dieses zuträfe, sie jedoch für alle Schulleitungen spreche.

Zu TOP 5.2.

Bericht des Schulleiters der Hauptschule

Herr **Stewen** teilte mit, dass ein positiver Trend in der Entwicklung der Schülerzahl der Hauptschule mit einem Anstieg auf 328 Schülerinnen und Schüler in 14 Klassen zu verzeichnen sei. Die Klasse 5 besuchten 23 Schülerinnen und Schüler. Es seien 49 Neuzugänge durch Schulformwechsel zu verzeichnen, so dass im Jahrgang 7 eine neue Klasse gebildet wurde. Beachtenswert sei hierbei die hohe Anzahl der Realschüler aus Bergkamen. Hier würden Schülerinnen und Schüler trotz Hauptschulempfehlung zunächst die Realschule besuchen. Im Jahrgang 8 sei nunmehr die Obergrenze erreicht, die Schule laufe unter Vollast.

In der Personalsituation sei ein leichter Personalzuwachs zu verzeichnen. Jedoch sei seit dem 01.09.2014 die stellvertretende Schulleiterin Frau Dr. Günnewig mit der Leitung der Hellweg-Hauptschule in Bergkamen beauftragt und mit 12 Stunden abgeordnet, die leider an der Kamener Hauptschule nicht ersetzt werden.

Herr Stewen ging anschließend auf einen Presseartikel vom 06.09.2014 ein, dass sich die Hauptschule im Rahmen der Inklusion auf den Bereich der Förderung von Kindern mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung konzentriere. Dieses sei aus der Mitteilungsvorlage falsch interpretiert worden. Aktueller Schwerpunkt sei der Unterstützungsbedarf Lernen mit 34 von 47 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf.

Die Entwicklung der Schülerzahlen würde, so Herr Stewen, Anlass zur Hoffnung auf gute Anmeldezahlen zum Schuljahr 2015/2016 geben. Ziel müsse es aus seiner Sicht sein, die Hauptschule zu erhalten.

Bezüglich der medialen Ausstattung teilte Herr Stewen mit, dass die Hauptschule nunmehr mit einem Funknetz und neuen Laptops ausgestattet worden sei. Auch hier sei die gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitarbeitern der Stadt Kamen herauszustellen.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass er die Position des Schulleiters der Hauptschule über deren zukünftige Entwicklung teile. Die Entwicklung sei durch die Verwaltung bereits in der Vergangenheit in einer schulpolitischen Runde, an der die schulpolitischen Sprecher der Fraktionen, der Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses sowie die Schulleiter teilnehmen, erörtert worden. Ein intensiver Austausch sei auch weiterhin erforderlich.

Die Hauptschule habe bisher mit der Käthe-Kollwitz-Schule als sonderpädagogisches Förderzentrum intensiv zusammengearbeitet. Nachdem dieses nunmehr ausgelaufen sei, bat Frau **Scharrenbach** um Auskunft, wie sich die Hauptschule nunmehr aufstelle.

Die Hauptschule sei nach Mitteilung von Herrn **Stewen** bereits sehr früh in das Thema Inklusion eingestiegen. Die Entwicklung sei zu Gunsten der Hauptschule verlaufen, da nicht mehr mit Abordnung gearbeitet werde,

sondern mit Stellenzuweisungen. Die vor den Sommerferien angekündigte Versorgung durch Sonderpädagogen sei zwar noch unzureichend und die Klärung durch die Schulaufsicht gestalte sich schwierig, aber mit Blick auf das komplexe Verfahren habe man hierfür Verständnis.

Zu TOP 5.3.

Bericht des Schulleiters der Realschule

Herr **Wehlack** berichtete, dass aktuell 480 Schülerinnen und Schüler die Fridtjof Nansen Realschule in 18 Klassen, davon 3 mit integrativer Lerngruppe, besuchen würden, davon 219 Schülerinnen und 261 Schüler. 169 Schülerinnen und Schüler hätten einen Migrationshintergrund und 40 eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Das Kollegium bestehe aus 35 Lehrkräften, 2 Sonderpädagoginnen und -pädagogen mit zusammen 31 Stunden sowie einer Schulsozialarbeiterin mit einem Zeitanteil von 20 Stunden.

Es sei ein starker Zuwachs bei den Anmeldungen mit 84 Schülerinnen und Schülern im Jahrgang 5 zu verzeichnen. Dieses sei eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren und zeige, dass die Schulform Realschule trotz der politischen Diskussion um Sekundarschulen stark nachgefragt sei.

Im vierten Schuljahr arbeite die Realschule an der Umsetzung der Inklusion. In der Folge der Umsetzung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes seien zwei Sonderpädagogen von der Käthe-Kollwitz-Schule an die Realschule versetzt worden. Gleichzeitig seien aber 14 Stunden in Abordnung an die Käthe-Kollwitz-Schule zurückgegeben worden. Es sei einhellige Meinung, dass die personelle Ausstattung von zentraler Bedeutung für das Gelingen von Inklusion sei.

Als verpflichtendes Verfahren der externen Evaluation habe sich die Qualitätsanalyse für das laufende Schuljahr an der Realschule angemeldet. Der voraussichtliche Schulbesuch der Qualitätsprüferinnen und -prüfer werde im Februar 2015 erfolgen. Bereits im vergangenen Schuljahr habe das Vorbereitungs- und Abstimmungsgespräch stattgefunden. Hier habe es bereits einen engen Austausch im Rahmen der Pilotierung der Neuausrichtung der Qualitätsanalyse stattgefunden.

Einen besonderen Dank sprach Herr Wehlack für die Unterstützung durch den Schulträger in allen Belangen aus. Die Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulverwaltung sei durch ein konstruktives und zielorientiertes Miteinander geprägt.

Zu TOP 5.4.

Bericht der stellvertretenden Schulleiterin des Städt. Gymnasiums

Am Städt. Gymnasium werden nach Mitteilung von Frau **Remmers** 894 Schülerinnen und Schüler beschult. Mit 423 Schülerinnen sei das Verhältnis zwischen Jungen und Mädchen in etwa ausgeglichen. 133 Schülerinnen und Schüler hätten einen Migrationshintergrund und 29 eine ausländische Staatsbürgerschaft. Hier bedarf es aus Sicht des Gymnasiums einer Optimierung der Förderung. Die muslimischen Kinder der Jahrgangsstufe 6 erhielten bereits zwei Stunden pro Woche eine Förderung in den soge-

nannten Hauptfächern, insbesondere jedoch im Bereich der ersten und zweiten Fremdsprache. In der Jahrgangsstufe 5 sei bereits zum dritten Mal ein Diagnose-Verfahren zur Ermittlung der Deutsch-Kompetenz eingesetzt worden. Daraus resultierend sei für jedes Kind ein Förderplan erstellt worden.

Neu am Gymnasium sei in diesem Jahr das gemeinsame Lernen. 86 Kinder besuchten die Jahrgangsstufe 5, zwei davon mit dem Förderschwerpunkt Lernen und eines mit dem Förderbedarf emotionale und soziale Entwicklung. Die Schule betrete hier Neuland und sei froh über die unkomplizierte Hilfe von Herrn Kampmann gerade auch in Bezug auf die Sonderpädagogin und über die Unterstützung durch Herrn Stewen.

In der Klasse 8 würden zwei autistische Kinder unterrichtet. Die Diagnose sei zwar gesichert, der Förderbedarf aber leider noch nicht festgestellt.

Darüber hinaus würden seit kurzem zwei Go-In Schüler aus Pakistan die Schule besuchen. Beide Kinder würden kein Wort Deutsch sprechen. Auch hier werde das Kooperationsangebot der Hauptschule dankend angenommen.

In der Sekundarstufe II würden zurzeit 399 junge Menschen unterrichtet, davon 120 in der Einführungsphase, 166 in der Qualifikationsphase I und 113 in der Qualifikationsphase II.

Es bestehe weiterhin ein insgesamt großes Kursangebot mit 15 Leistungskursen in der Qualifikationsphase I und 11 Leistungskursen in der Qualifikationsphase II.

Frau Remmers teilte weiterhin mit, dass sich alle Leistungssportlerinnen des Fußball- und auch des Tennisverbandes mittlerweile in der Oberstufe befinden würden und mit Ergänzungsunterricht in der Schule gefördert würden.

Im zurückliegenden Schuljahr seien 148 Schülerinnen und Schüler in das Abitur gegangen. 5 junge Menschen hätten es leider nicht bestanden. Erfreulich sei, dass 30 Schülerinnen und Schüler das Abitur sogar mit der Note 1 vor dem Komma abgeschlossen hätten. Der Notendurchschnitt habe 2,5 betragen.

Es sei weiterhin notwendig, Unterrichtskürzungen im Fach Religion in der Jahrgangsstufe 8 und 9 vorzunehmen.

Das Kollegium bestehe aus 82 Lehrkräften, davon jedoch eine mit einer Langzeiterkrankung und 1 Lehrkraft in Erziehungszeit, sowie 11 Referendare.

Besonders erfreulich sei, dass seit dem aktuellen Schuljahr die Schulsozialarbeiterin einen ganzen Tag in der Schule als Ansprechpartnerin für Schüler, Eltern und Lehrer anwesend sei und einen großen Gewinn für das Städt. Gymnasium darstelle. Hier sei der Stadt ein herzlicher Dank auszusprechen.

Abschließend informierte Frau Remmers darüber, dass der Schule sehr daran gelegen sei, für die Eltern der Jahrgangsstufen 5 und 6 ein verlässliches Schulangebot von der 1. bis zur 6. Unterrichtsstunde zu machen und darüber hinaus eine Übermittagbetreuung an 2 Tagen pro Woche anzubieten.

Als Reaktion auf die G8-Situation werde das Beratungs- und Förderangebot

für Schülerinnen und Schüler und die Kommunikation mit den Eltern deutlich ausgeweitet.

Der fehlenden Akzeptanz des Angebotes Französisch als dritte Fremdsprache soll Rechnung getragen werden. Die Fachschaft Spanisch plane hier ein entsprechendes Angebot bereits in der Klasse 8 zu unterbreiten. Ansonsten sei nach wie vor gegeben, dass am Städt. Gymnasium 5 Fremdsprachen erlernt werden könnten.

Sie sei von der Nachricht, so Frau **Scharrenbach**, dass auch das Gymnasium im Bereich des gemeinsamen Lernens unterwegs sei, überrascht. Es habe zum Jahresanfang das Signal gegeben, dass 4 Kinder mit Lernbehinderung das Gymnasium besuchen sollten. Sie fragte nach dem Verbleib der beiden übrigen Kinder.

Frau **Remmers** antwortete, dass die Eltern eines Kindes eine andere Schulform gewählt hätten und ein Kind umgezogen sei, wobei der Verbleib noch nicht geklärt werden konnte.

Herr **Bucek** bat um Auskunft über die Situation der Schulsozialarbeit an den Kamener Schulen.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass bekannt sei, dass sich die Finanzierung der Schulsozialarbeit, die bislang aus dem Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes finanziert worden sei, als kritisch darstelle. Vor diesem Hintergrund seien die Verträge mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zum 31.07.2015 befristet. Die Refinanzierung sei bis zum 30.06.2015 gesichert. Die Personalkosten beliefen sich auf rd. 250.000 € im Jahr. Für eine zuverlässige Regelung der Finanzierung werde auch seitens der kommunalen Spitzenverbände geworben. Das Ergebnis bleibe weiterhin abzuwarten.

Zu TOP 5.5.

Bericht des Schulleiters der Gesamtschule

Herr **Dr. Hoffmann** informierte über die Entwicklung der Schülerzahlen, das gemeinsame Lernen, die Personalsituation und an der Schule durchgeführte Baumaßnahmen und Renovierungen. Hierzu verteilte er einen schriftlichen Bericht (siehe Anlage I). Weiterhin ging er auf neue Projekte und Entwicklungsschwerpunkte ein.

Zu TOP 5.6.

Bericht des Schulleiters der Käthe-Kollwitz-Schule

Herr **Kampmann** wies darauf hin, dass die Pilotphase für das Kompetenzzentrum zum 01.08.2014 beendet worden sei. Es habe eine intensive Zusammenarbeit mit den Kamener Schulen stattgefunden. Formal stehe die Käthe-Kollwitz-Schule für eine weitere Zusammenarbeit im Sinne eines Kompetenzzentrums nicht mehr zu Verfügung.

Die Schülerzahl sei in den letzten Jahren von einem Höchststand von rd. 250 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2002/2003 auf nunmehr 70 abgesunken, davon 39 Schülerinnen und Schüler mit dem Förderbedarf Lernen und 31 mit dem Förderbedarf emotionale und soziale Entwicklung.

Hinsichtlich der Personalressourcen erläuterte Herr Kampmann, dass in der Zeit als Kompetenzzentrum das Stundenkontingent eingefroren worden sei. Nach Auslaufen der Pilotphase seien 9 Stellen abgegeben worden, davon 1,5 Stellen nach Bönen und 1 Stelle nach Unna, so dass in Kamen nur 6,5 Stellen verblieben sind.

Die Schülerzahl liege unter den Grenzen der Schulmindestgrößen nach dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz. Die Käthe-Kollwitz-Schule müsse daher auslaufen. Die Entwicklung bleibe abzuwarten mit Blick auf das durch den Kreis Unna beauftragte Gutachten zur Schulorganisation für die Förderschulen im Kreis Unna. Dieses werde am 24.09.2014 vorgestellt.

Auf Nachfrage von Herrn **Bucek**, ob eine Chance gesehen werde, dass die Käthe-Kollwitz-Schule als kreisweite Schule bestehen bleibe, erklärte Herr **Kampmann**, dass hierzu erst Aussagen nach Vorliegen des endgültigen Gutachtens und der gemeinsamen Abstimmung und anschließende Entscheidung über die Bildung von Teilstandorten getroffen werden könnten.

Herr **Eckardt** bedankte sich bei Herrn Kampmann für die geleistete Arbeit und bat ihn, diesen Dank auch an das Kollegium weiterzugeben. Er stellte fest, dass die Zusammenarbeit der Schulen in Kamen untereinander sehr positiv verlaufe.

Zu TOP 6.
097/2014

Offener Ganzttag im Primarbereich

Frau **Weingarten** sagte, dass nach den bestehenden Erlassen vorgesehen sei, dass die Kinder in der offenen Ganzttagsschule diese bis 15.00 Uhr besuchen sollten und fragte, wie flexibel diese Regelung in Kamen gehandhabt werde.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass immer Einigkeit darüber geherrscht habe, dass es keine Drehtürpädagogik geben dürfe. Die Notwendigkeit eines Abweichens in Einzelfällen sei nachvollziehbar und verständlich.

An der Jahnschule bestehe nach Mitteilung von Frau **Bolz** Einvernehmen darüber, dass eine Festlegung auf 16.00 Uhr nicht haltbar sei. Es bestehe daher die Regelung, dass ein Besuch der offenen Ganzttagsschule an mindestens 4 Tagen erfolgen müsse und dann bis 15.00 Uhr. An einem Tag sei eine Abholung des Kindes ab 14.00 Uhr möglich. Eine weitere Flexibilisierung führe aufgrund der dann eintretenden Störung des Ablaufes nicht zu einer Entlastung der OGS.

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich nach den Regelungen an den anderen Schulstandorten.

Frau **Sons** teilte mit, dass an der Astrid-Lindgren-Schule zwei Abholzeiten um 15.00 Uhr und 16.00 Uhr an 5 Tagen vereinbart worden seien.

Herr **Brüggemann** sah in der Regelung der Abholzeiten keine Angelegenheit des Schulträgers. Dies sei schulintern festzulegen.

Frau **Scharrenbach** zeigte sich davon überzeugt, dass sich die in Tabelle 1 der Vorlage genannten Schülerzahlen in Zukunft verändern würden. Hier

stelle sich die Frage, ob die Kapazitäten an den einzelnen Standorten der offenen Ganztagschulen ausreichend seien. Auch sei zu hinterfragen, ob die Kapazitäten in den offenen Ganztagschulen ausreichen würden, um den notwendigen Unterstützungsbedarf zu gewährleisten. Weiterhin wies sie auf die angekündigte Umstellung der Finanzierung an die Träger hin und regte an, die Träger der offenen Ganztagschule zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses einzuladen, um einen Erfahrungsbericht zu geben.

Herr **Eckardt** sagte zu, dass die Möglichkeit der Berichterstattung in Abstimmung mit den Trägern geprüft werde.

Die Verwaltung habe, so Herr **Brüggemann**, in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 27.11.2013 auf die beabsichtigte Umstellung der Finanzierung der offenen Ganztagschule von einer Gruppenpauschale auf eine Pauschale pro Kind hingewiesen. Diese sei in der Mitteilungsvorlage dargestellt.

Herr **Dunker** erläuterte hinsichtlich des Unterstützungsbedarfes, dass hier eine Unterstützung durch die Förderschule erfolge. Unterstützung werde auch über den Förderverein für Jugend sichergestellt. Die Verwaltung befände sich in einem permanenten Dialog mit den Trägern. Aktuell bestehe kein Bedarf für eine Verstärkung.

Zu TOP 7.
101/2014

INKLUSION – Positionen der Schulen

Herr **Langner** bat mit Blick auf den in der Astrid-Lindgren-Schule eingebauten Fahrstuhl um Mitteilung, ob hier ein neues Brandschutzkonzept für Rollstuhlfahrer bestehe.

Zur Erstellung eines entsprechenden Brandschutzkonzeptes werde die Schule nach Mitteilung von Frau **Sons** noch mit der Brandschutzdienststelle der Feuer- und Rettungswache Kontakt aufnehmen.

Herr **Brüggemann** erläuterte ergänzend, dass der Einbau des Fahrstuhls im Rahmen der Sanierung des Schulgebäudes erfolgt sei.

Herr **Stalz** fragte vor dem Hintergrund des seit Juni 2014 bestehenden Kostenausgleichsgesetzes, ob davon ausgegangen werden könne, dass die Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusion zügig umgesetzt werden.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass die Stadt Kamen als Schulträger sich größtenteils auf Zuruf auf die Beschulung von Kindern mit speziellem Förderbedarf vorbereite.

Sie sei erfreut darüber, so Frau **Scharrenbach**, dass die Verwaltung formuliert habe, Positionen zur Inklusion im Dialog zu entwickeln. Bisher habe man sich auf die Schulträgeraufgaben zurückgezogen. Insbesondere die Bildung von Schwerpunktschulen sei von der CDU-Fraktion im Zusammenhang mit der Bildung eines Arbeitskreises diskutiert worden. Wenn dieses rechtzeitig erfolgt wäre, sei eine entsprechende Information der Eltern für die Anmelderunde 2015/2016 möglich gewesen. Zu hinterfragen sei die Bildung von Schwerpunktschulen in der Sekundarstufe. Weiterhin regte Frau Scharrenbach jeweils mit Schuljahresbeginn eine Information der Eltern zu den Behinderungen der Kinder durch die Verwal-

tung zu organisieren.

Herr **Brüggemann** machte deutlich, dass die Verwaltung bei den weiterführenden Schulen nie von Schwerpunktschulen gesprochen habe. Die Grundschulen seien miteinander in einen Dialog eingetreten und hätten Ihre Positionen nach schriftlicher Aufforderung dem Schulträger mitgeteilt. Diese werde die Verwaltung nunmehr mit den Schulen abstimmen und dann den parlamentarischen Gremien vorlegen.

Herr **Heidler** begrüßte ausdrücklich den Dialog der Schulleitungen untereinander und mit der Verwaltung. Ein sich anschließendes Ergebnis gehöre in eine öffentliche Sitzung des Schulausschusses und nicht in einen Arbeitskreis.

Hinsichtlich der von Frau Scharrenbach angeregten und durch die Verwaltung organisierten Information der Eltern zu den Behinderungen der Kinder wies Herr **Eckardt** darauf hin, dass eine Beratung der Eltern in den Schulen zu organisieren sei und bereits erfolge.

Frau **Remmers** ergänzte, dass die zuständigen Koordinatoren bereits Abstimmungen mit den Grundschulen vornehmen, um Bedarfe zu ermitteln. Eine Beratung der Eltern erfolge schulintern. Die Eltern fühlten sich bei diesem Verfahren gut aufgehoben.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1. Mitteilungen der Verwaltung

8.1.1. Herr **Brüggemann** teilte mit, dass – wie bereits durch Herrn Kampmann unter TOP 5.6 angesprochen – am 24.09.2014 der Entwurf des durch den Kreis Unna in Auftrag gegebene Gutachtens zur Schulorganisation für die Förderschulen im Kreis Unna vorgestellt werde und zwar um 16.00 Uhr den Verwaltungen der Schulträger und den schulpolitischen Sprechern sowie um 19.00 Uhr den betroffenen Schulleitungen. Er habe mit Herrn Kampmann verabredet, die Schulgemeinde der Käthe-Kollwitz-Schule zu einer Information am 29.09.2014 einzuladen. Die Vorstellung des Gutachtenentwurfs im Schul- und Sportausschuss durch Herrn Dr. Habeck sei für den 17.11.2014 vorgesehen. Danach erfolge die Beratung und Beschlussfassung in den parlamentarischen Gremien.

8.1.2. Frau **Jachmann** berichtete, dass seit Schuljahresbeginn die Stelle der stellvertretenden Schulleitung an der Astrid-Lindgren-Schule mit Frau Claudia Wilting besetzt wurde.

8.2. Anfragen

8.2.1. Herr **Langner** nahm Bezug auf die Vorstellung des Projektes der Waldjugendspiele durch die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald am 17.02.2014 und bat um Auskunft über die Resonanz der Schulen.

Frau **Jachmann** antwortete, dass rd. 200 Schülerinnen und Schüler der Kamener Grundschulen teilnehmen werden. Der Transport werde derzeit organisiert.

8.2.2.

Herr **Dr. Hoffmann** wies auf ein Schreiben des Fachbereiches Stadtmarketing hin, dass auf eine Teilnahme der Kamener Schulen an der Gestaltung des Rahmenprogramms der Kamener Winterwelt verzichtet werde. Hier werde den Schulen die Möglichkeit genommen, sich mit Musikgruppen etc. in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Herr **Brüggemann** sagte eine Klärung und Beantwortung in der Niederschrift zu (*Antwort der Verwaltung: Das angesprochene Schreiben stammt nicht von der Verwaltung, sondern von der KIG e.V., die bei der Winterwelt die Organisation und Durchführung der Schulauftritte organisiert hat. Aufgrund von Rückmeldungen einzelner Schulen, insbesondere Grundschulen, die den hohen Aufwand beklagten, hat die KIG beschlossen, in diesem Jahr auf die Durchführung der Aktion zu verzichten. Die Anfrage von Herrn Dr. Hoffmann hat aber dazu geführt, dass die KIG die weiterführenden Schulen angeschrieben hat, um diesen auf Wunsch Aufführungsmöglichkeiten anzubieten.*)

gez. Eckardt
Vorsitzender

gez. Dunker
Schriftführer